

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

29.5.1874 (No. 125)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 29. Mai.

№ 125.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschlagsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Juni der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 23. d. Mts. gnädigst geruht, nachbenannte Amtsvorstände in gleicher Eigenschaft zu versehen:

nach Karlsruhe den Stadtdirektor v. Breen in Bruchsal, nach Bruchsal den Oberamtmann Montfort in Osenburg, unter Ernennung desselben zum Stadtdirektor, nach Osenburg den Oberamtmann Stöffer in Rastatt, nach Rastatt den Oberamtmann Richard in Schwezingen, unter Ernennung desselben zum Stadtdirektor, nach Ueberlingen den Oberamtmann v. Rüdert in Meßkirch, nach Engen den Amtmann Kasina in Pfullendorf, unter Ernennung desselben zum Oberamtmann, nach Waldkirch den Oberamtmann v. Theobald in Bonndorf, nach Schwezingen den Oberamtmann Leuz in Adelsheim;

ferner zu Amtsvorständen zu ernennen: in Meßkirch den Amtmann Brecht in Heidelberg, in Pfullendorf den Amtmann Jung in Bruchsal, in Bonndorf den Amtmann Kopp in Tauberbischofsheim, in Adelsheim den Amtmann Bentler in Mannheim;

endlich den Amtsvorständen Oberamtmann v. Scherer in Pforzheim und Flad in Konstanz den Titel als Stadtdirektor und Amtsvorstand Amtmann Salzer in Triberg den Titel als Oberamtmann zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 27. Mai. Die „Prov.-Korresp.“ reproduziert einen größeren Theil der von 80 Straßburger Bürgern und Handelskäufern an den Fürsten-Reichskanzler erlassenen Adresse und bemerkt hierzu: Die Adresse ist ein erfreuliches Anzeichen für den Geist praktischer Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse im Gegensatz zu unfruchtbarer politischer Agitation.

† Breslau, 27. Mai. Zu der 21. deutschen Lehrerversammlung haben sich gegen 3000 Teilnehmer eingefunden. In der gestern Abend stattgehabten Vorversammlung wurden zu Präsidenten gewählt: Schulrath Hoffmann aus Hamburg, Hauptlehrer Sturm aus Breslau und Schuldirektor Verthelt aus Dresden. Heute findet die erste Hauptversammlung statt. Dieselbe wird durch den Regierungsschulrath Ranke als königlichen Kommissär, sowie durch den Oberbürgermeister Jordanbeck im Namen der Stadt begrüßt werden.

† München, 27. Mai. Abgeordnetenkammer. Die Voranschläge der Staatseinnahmen und die Verwaltungsausgaben werden nach den Ausschüßanträgen genehmigt, ebenso die Erhöhung der Stempelsteuer auf Spielkarten von 4, resp. 8 Kreuzer auf 10 $\frac{1}{2}$, resp. 21 Kreuzer. Es folgt die Beratung des vom Abg. Freitag gestellten Antrags betreffs Einführung des Malzsteuer-Aufschlags in der Pfalz. Gegen den Antrag sprechen der Oberappellrath Schmitt und Referent Levi. Erämmer beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, und weist darauf hin, daß bis zum 1. Jan. 1876, nach dem Zustandekommen des deutschen Zivilprozesses, der Einführung des allgemeinen Tarzesses entgegenstehende Hindernisse beseitigt sein würden und dann die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz gesetzlich erfolgen müsse. Der Antrag Erämmer wurde sodann mit 70 gegen 64 Stimmen angenommen.

† Paris, 27. Mai. „Journal officiel“ veröffentlicht das Dekret, welches die Auflösung des Generalrats von Marseille verfügt, ferner ein anderes Dekret, welches die am 15. Mai zwischen Frankreich und Deutschland unterzeichnete Uebereinkunft publiziert, wonach das Porto für 50 Gramm schwere, Warenproben enthaltende Postsendungen auf 20 Centimes oder 1 $\frac{1}{2}$ Silbergroschen festgesetzt wird.

† Washington, 27. Mai. Schatzsekretär Richardson wird demnächst seine Demission geben. Die gegen seine Amtsführung beabsichtigten Resolutions werden in Folge dessen unterbleiben.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Mai. Der Staatsanzeiger Nr. 24 vom 27. d. M. enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: a. die von der höchstseligen Frau Markgräfin Maria Victoria gestifteten Juristen-Stipendien betreffend; b. das Departements-Erlassgeschäft für das Jahr 1874 betreffend. 2) Des Handelsministeriums: a. die Erweiterung des Telegraphenetzes betreffend; b. Patentverlängerungs-Gesuch des Hrn. Ingenieur Alb. Schmidt in Zürich betreffend.

* Berlin, 26. Mai. Der rasche Tod des Abg. v. Mallinckrodt gibt den Blättern auch der gegnerischen Parteien Anlaß, den Werth und die Bedeutung dieses ultramontanen Parteiführers rückhaltlos anzuerkennen. Die „Germania“ zeigt den Tod Mallinckrodt's in folgenden bewegten Worten an:

Es ist eine Trauernachricht, die uns eben vor Schluß des Blattes zugeht, wie sie schmerzlicher für das katholische Deutschland kaum gedacht werden kann. Der Tod hat in die Reihen unserer Vertreter getroffen und einen der Braven unter den Braven hat er hinweggerafft: Hermann von Mallinckrodt ist verschieden! In dem letzten parlamentarischen Session geschloffen, in welcher er wie nie zuvor mit glänzendem Geschick, mit hohem Maße, mit unverzagter Aufopferung trotz der Schwäche seiner Gesundheit in den aufregendsten Debatten für unsere heilige Sache gekämpft, da warf ihn eine Lungen- und Rippenfell-Entzündung, zu deren Ausbruch eine Erkältung den letzten Anstoß gegeben, auf's Krankenlager. Die lang verhaltene Krankheit hatte in wenigen Tagen seine Kraft erschöpft: er entschlief hier heute Morgen um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, mit der einen Hand die Rechte seiner jungen Gattin, mit der andern das Kreuz, für welches er im heiligen Kampfe sich aufgerieben, fest umfassend. Trauernd, als wäre ein Bruder, ein Vater von uns gerissen, stehen wir an der Bahre des edelsten Mannes. Wir beugen uns vor den Rathschläffern des Herrn, der seinen Streiter mitten aus der Fülle seines ruhmvollen Wirkens heraus in den Frieden des Paradieses abgerufen hat, und aus Millionen katholischen Herzen, die den Verbliebenen geehrt und geliebt, steigen heiße Gebete für ihn zum Himmel. R. I. P.

† Berlin, 27. Mai. Heute früh um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr traf der Kaiser von seiner nach Wiesbaden und Ems unternommenen Reise im besten Wohlfühl hier wieder ein. Zur Empfangsbegrüßung höchstselben waren die Prinzen Wilhelm und Heinrich, älteste Söhne des Kronprinzen, sowie die Prinzen Alexander und Georg nebst dem Gouverneur, General der Infanterie v. Sülpragel, dem Kommandanten, Generalmajor v. Neumann, und dem Polizeipräsidenten v. Madai auf dem Potsdamer Bahnhofe anwesend. Wie verlautet, beabsichtigt der Kaiser, nach der übermorgen hier stattfindenden Parade für einige Zeit nach Schloß Babelsberg überzusiedeln. Am 14. Juni gedenkt Sr. Maj. sich zum Kurgebrauche nach Bad Ems zu begeben. Von dort aus erfolgt bald nach Mitte Juli die Abreise nach Gastein. Die Rückkehr nach Berlin ist in der zweiten Hälfte des Monats August zu erwarten. Nach neueren Verlautbarungen wird die Kaiserin für jetzt nicht nach Berlin zurückkehren. Höchstselbe gedenkt, nach Beendigung ihrer Kur in Baden-Baden einen mehrtägigen Aufenthalt in Koblenz zu nehmen und gegen die Mitte des August auf Schloß Babelsberg einzutreffen. — Die Abreise der Kronprinzlichen Herrschaften nach der Insel Wight erfolgt im Anfang des Monats Juli. — Die Abreise des Fürsten Bismarck nach Barzin wird vermuthlich nächster Tage stattfinden können. Ueber die Zeit und den Ort eines späteren Badaufenthaltes des Fürsten sind noch keine festen Bestimmungen getroffen. Die Nachrichten über das Befinden desselben lauten heute günstig. Bereits sollen die rheumatischen Schmerzen im Genick wesentlich in der Abnahme begriffen sein.

Die Lösung, welche der jüngsten Krisis in Frankreich zu Theil geworden ist, wird in hiesigen politischen Kreisen durchaus nicht als eine definitive betrachtet. So äußert auch die offiziöse „Provinz-Korresp.“ u. A.: „Das neue Ministerium, welches aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien der Rechten besteht, scheint zunächst nur die Aufgabe zu haben, die Verwaltung in dem bisherigen Geiste weiter zu führen. Die höhere Aufgabe dagegen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Landes näher festzustellen und zu sichern, scheint auf's Ungewisse hinausgeschoben zu sein, weil keine Aussicht vorhanden ist, eine Mehrheit zur Lösung derselben in der Nationalversammlung zu finden. Die augenblickliche Entscheidung ist daher nur als ein vorläufiger Haltepunkt in der mit dem Sturz des Ministeriums Broglie hervorbreitenden Verwicklung zu betrachten.“ Eine in nicht ferne Zukunft eintretende Auflösung der jetzigen Nationalversammlung wird hier von Vielen für wahrscheinlich gehalten.

Baderborn. Bischof Konrad Martin von Baderborn beharrt auf seinem Widerstande gegen die preussische Staatsregierung. Auf die wiederholte, von dem Oberpräsidenten v. Kühlwetter bei Androhung einer Geldbuße von 800 Thlr. an ihn gerichtete Aufforderung, in Vollzug des Erkenntnisses des königl. Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, den von ihm unrechtmäßig suspendirten Kaplanlehrer Mönikes in Bippfpringe wieder in seine

Pfründe einzusetzen, hat er folgendes trotzige Antwortschreiben erlassen:

„Ew. Excellenz kann es als einem Katholiken nicht unbekannt sein, daß ich durch die Ausführung des Erkenntnisses des königl. Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten den vormaligen Kaplanlehrer Mönikes zu Bippfpringe betreffend, meinen, Gott und der h. Kirche geschworenen E. Eid brechen würde. Auf die unter dem 11. d. unter neuen Straffestellungen und Strafanordnungen erneuerte Aufforderung zur Ausführung des obengedachten Erkenntnisses erwidere ich daher mit dem Ausdrucke der Bitte, Sich überzeugt halten zu wollen, daß ich meinen heiligen bischöflichen Eid nie und nimmer brechen werde. — Baderborn, den 16. Mai 1874. — Der Bischof von Baderborn. Gg. Dr. Konrad Martin.“

Straßburg, 23. Mai. In der telegraphisch schon erwähnten, in dem „G. J.“ veröffentlichten Adresse notabler Straßburger an den Fürsten-Reichskanzler zu Gunsten der Stadterweiterung heißt es:

Da wir einer Vertretung im Reichstage in Folge der von dem Abgeordneten für Straßburg eingenommenen Haltung entbehren, legen wir unterzeichnete Einwohner dieser Stadt vertrauensvoll die Wahlnahme unserer Interessen unmittelbar in die Hände Euer Durchlaucht. Wir haben keinen Augenblick angefaßt, uns an Euer Durchlaucht zu wenden, da wir wissen, daß wir in Ihnen den bestreitesten und unermüdblichsten Vertreter unserer Wünsche und Beschwerden finden würden. . . . Wir verkennen nicht Das, was die Regierung zur Ausgleichung der durch den Krieg entstandenen Schäden bereits gethan hat, aber wir müssen betonen, daß, wenn irgend wann, so jetzt der Zeitpunkt vorhanden ist, in welchem viele Befürchtungen für immer beseitigt und unserer Stadt in einem Werke des Friedens reiche Quellen neuen Lebens eröffnet werden können. Es handelt sich nur darum, Dasjenige, was die Regierung selbst schon ins Auge gefaßt hat, mit aller Beschleunigung ins Werk zu setzen. Wie wir vernehmen, verfolgte die Sendung der Herren Ledderhose, Bad und de Bary nach Berlin einen Zweck, der ganz auf der Linie unserer Interessen und Bestrebungen liegt. Wir begrüßen es als ein glückliches Ereigniß, daß die Belagung der Universität an die Nordseite der Stadt außerhalb der jetzigen Wälle vorläufig angenommen wurde. Straßburg erstreckt sich in seinem Steinpanger; es wäre an der Zeit, ihm die Möglichkeit zum freien Atmen zu verschaffen und zu gestatten, daß es nicht nur ein Waffenplatz, sondern auch eine durch die Klüfte des Friedens blühende Stadt werde. Mit der lebhaftesten Befriedigung sehen wir die kräftige Entwicklung unserer Universität, und unsere Stadt wird bald ihren alten Rang unter den Universitätsstädten wieder einnehmen. Wir machen es uns zur Pflicht, das Gute, das man uns bietet, rückhaltlos anzuerkennen. Aber die Wüthe der literarischen Studien ist nicht Alles, was wir von Seiten Derjenigen zu erwarten berechtigt sind, welche unsere Geschichte in Händen haben. Wir sind überzeugt, daß Straßburg, wenn es die neue politische-geographische Lage verwerthet, wieder werden kann, was es schon einmal war — eine bedeutende Handelsstadt und ein Emporium für ganz Süddeutschland. Bis jetzt fehlt uns absolut Alles, was zu den Eigenschaften einer Handelsstadt gehört. Wir haben zwar Kanäle, aber keinen passenden Landungsplatz, keine Docks, um die Waaren, welche zur Zwischenlagerung und zur späteren Wiederausfuhr bestimmt sind, ordentlich und ökonomisch unterzubringen. Ein genügend großer Hafen an geeigneter Stelle ist eine dringende Nothwendigkeit. Die Kanäle sind nicht direkt mit den Eisenbahnen verbunden, kurz, es mangelt uns Alles, was sonst den Verkehr zu erleichtern bestimmt ist. Aus dieser bedenklichen Lage herauszukommen gibt es nur ein Mittel: die Vergrößerung der Stadt, und dies ohne die kostbare Zeit zu verlieren. Es ist von der größten Dringlichkeit, die Umfassung weiter hinauszurücken und den Einwohnern recht bald zu gestatten, Bauten auf den Grundrissen auszuführen, welche dem militärischen Evidenz unterworfen sind. Zeit ist Geld; dieses Sprichwort ist hier ganz besonders anwendbar: denn viele Kapitalien liegen in Straßburg brach aus Mangel an einer sichern Verwendung. Hat die Regierung ein Interesse daran, daß diese Kapitalien sich in den Händen der Börsenspekulationen verlieren? Das wird unbestreitbar geschehen, wenn man zögert, ihnen einen sicheren und vortheilhaften Abfluß zu geben. Viele Grundbesitzer der alten Militärzone warten nur auf ein Zeichen, um bedeutende Bauten auszuführen. Man behauptet, daß militärische Bedenken einer allbaldigen Inangriffnahme der Stadterweiterung entgegenstünden. Wir wissen darüber nichts Sicheres und können deshalb die Gründe nicht untersuchen, auf welche jene Bedenken sich stützen, wir können nur Ew. Durchlaucht die inständigste Bitte ausdrücken, dahin zu wirken, daß durch entsprechende Maßnahmen jene militärischen Bedenken ihr Gewicht verlieren, daß sobald als irgend möglich die Wälle hinausgeschoben und die Erlaubniß erteilt werde, auf dem Grunde, der in der alten Militärzone inbegriffen ist und der in den neuen Gürtel eintreten soll, Bauten auszuführen.

* Straßburg, 27. Mai. Bei dem Auf- und Niederkunften der heutigen Stimmungen und der bekannten unermüdeten Thätigkeit der französischen Parteien kann es nicht überraschen, zu erfahren, daß Einige der 80 Unterzeichner der Adresse an den Reichskanzler bezüglich der Stadterweiterung schon wieder rückwärts laviren und man ihnen auf halbem Wege mit der Entschuldigung entgegenkommt, sie hätten unterzeichnet, ohne zu wissen, um was es sich handelt, und vornehmlich in dem Glauben, daß ihre Betheiligung an der Adresse ein Geheimniß bleiben soll. Ein Erkundungsreichthum sonder Gleichen wird hier in solchen Fällen angewendet, um die gebulbige Menge scheinbar als in unbeugbarer Widerspenstigkeit gegen Deutschland nach außen hin darzustellen. Wenn

es nun auch nicht dazu kommen sollte — man spricht ernstlich davon —, daß Ein und der Andere von den 80 seine Unterschrift förmlich zurückzieht, so darf man doch von Seite der Rabbiaten mit großer Wahrscheinlichkeit eine Gegendemonstration, eine Gegenadresse oder etwas der Art erwarten, wobei wir nur auf den Adressaten und das Petition begierig sind. Daß die Stadt nicht zu erweitern sei, werden sie nicht zu bitten wagen, denn das würde sie unpopulär machen, und mehr als an Frankreich hängen sie jedenfalls an ihrer Popularität. (Diese Zeilen waren kaum geschrieben, als wir im „Elässer Journal“ wirklich schon vier Adressunterzeichner finden, die ihre Unterschriften von dem Dokumente zurückziehen. Noch kläglicher als dieser Akt ist dessen Motivierung, da die vier Herren „demüthig“ anerkennen, daß sie die Adresse unterschrieben — ohne sich hinlänglich mit deren Inhalt bekannt zu machen, da sie sich auf die Ehrenhaftigkeit der Personen verlassen, welche ihnen die Schrift vorlegten. Heute haben sie sie zum ersten Male gelesen, stoßen darin auf „Erwägungen“, die sie nachdrücklich zurückweisen, und bitten ihre Mitbürger und insbesondere den ehrenwerthen Hrn. Lauth, ihre Unterschrift als null und nichtig anzusehen. Die Namen dieser vier Herren sind: Dijon, Hörter, Huck und Guepard (wahrscheinlich ein französischer Gebhard). Nun ist es auch möglich, daß noch Mehrere nachfolgen. Wir empfehlen diese vier Herren und ihre etwaigen Nachfolger der nachsichtigen Heiterkeit aller Leser.)

△ Straßburg, 27. Mai. Die sämtlichen Briefträger unserer Stadt überreichen heute dem nach Berlin berufenen Oberpostdirektor Miesner eine Adresse, worin sie ihrem bisherigen Vorstände die Gefühle unaussprechlichen Dankes für dessen humane und sorgfältige Wahrung ihrer Interessen aussprechen. Als ferneres Andenken erfolgte Namens Aller durch den Ober-Briefträger Wack die Uebersendung eines silbernen Pokals mit der Inschrift: „Ihren verehrten Oberpostdirektor Hrn. Miesner, die Briefträger von Straßburg, sämtlich Kinder des Elässes, 1874.“ Zu bemerken ist bei dieser gewiß beide Theile ehrenden Huldigung noch, daß die hiesigen Briefträger zum größten Theile schon seit mehr oder minder lange vor 1870 im Dienst waren.

Dresden, 26. Mai. In der Sitzung der Zweiten Kammer vom 24. d. M. gelangte der Bericht der zweiten Deputation über den Gesetzentwurf wegen der Verwendung des Antheils an der französischen Kriegskosten-Entscheidung und das Dekret, betreffend den Geldbedarf zur Einziehung der sächsischen Kassenbilletts, zur Berathung. Aus der französischen Kriegskosten-Entscheidung gelangt bekanntlich die Summe von 130,051,343 Thaler zur Vertheilung an die zum ehemaligen Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten. Das Königreich Sachsen partizipirt hieran mit 7¹⁰/₁₀ Prozent und es ergibt sich sonach, daß auf Sachsen etwa 10,274,056 Thaler kommen werden. Von dieser Summe sollen 3 Millionen Thaler dazu bestimmt werden, die auf Grund des Gesetzes vom 21. Apr. 1873 zu bildenden Bezirksverbände mit einem Fonds für Zwecke der Selbstverwaltung zu versehen. Weiter werden 767,300 Thlr. zu verschiedenen baulichen, Kunst- u. d. d. Zwecken zur Verwendung kommen. Der Rest von 6,506,756 Thlr. soll an die Staats-Hauptkasse zur Verstärkung der disponiblen Bestände abgegeben werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Mai. Die Reise des Fürsten von Serbien nach Konstantinopel ist durchaus nicht so erfolglos gewesen, als allgemein geglaubt wird. Die Uebergabe der Festung Klein-Zwornik ist ihm zugesagt, nur sind noch einige Ausführungsvereinbarungen zu redigieren. Daß der Fürst auf der Rückreise in Bukarest irgendwelche gegen die Pforte gerichteten Verabredungen getroffen, hält man unter diesen Umständen für doppelt unwahrscheinlich. Was ein halbes Duzend deutscher Blätter von der Absicht, das Presbiterium des Dr. Unger aufzulösen, berichtet, entbehrt jeder Begründung. Im Uebrigen ist gerade Dr. Unger für legislativische Arbeiten — und das ist seine Hauptbeschäftigung — fast unentbehrlich.

Schweiz.

Basel, 26. Mai. Heute Nachmittag ist der portugiesische Gesandte de Santa Isabella in Folge eines vorgestern Abend erlittenen Beinbruchs gestorben.

Italien.

Rom, 26. Mai. Kammeritzung. Das wiederholte Verlangen des Deputierten Englien, die nothwendigen öffentlichen Beseitigungsarbeiten auf die Tagesordnung zu setzen, beantworteten die Minister Spaventa und Minghetti dahin, daß der Staatschatz mit neuen Auflagen unmöglich belastet werden könne und daß sie auch den Senat um Vertagung der Berathung der Beseitigungsprojekte bitten werden. Schließlich wurde der Antrag Englien's angenommen. Die Sitzung war sehr bewegt.

Rom, 26. Mai. Die Kommission des Senats wird die Vertagung des Gesetzentwurfs betreffs Erweiterung der Vertheilungsanlagen des Staats beantragen, nachdem die Deputiertenkammer nicht alle zur Deckung des Defizits erforderlichen Maßregeln angenommen hat.

Frankreich.

Paris, 26. Mai. „Montiteur“ und „Presse“ heben hervor, daß die Krisis den einzelnen Gruppen der alten Majorität ihre Freiheit wieder gegeben habe; das rechte Zentrum müsse selbständig das Septennat zu konstituieren streben. Die Verhandlungen mit dem linken Zentrum können demnach wieder beginnen und das alte Decazes'sche Programm wird wieder auftauchen. So lange aber Mac-Mahon nichts von den Republikanern wissen will, wird dabei nichts zu Stande kommen. So wie die Sache jetzt liegt, hat wesentlich die Rechte einen Sieg über Mac-Mahon davongetragen. Sie hat seinen Wunsch, seine Herr-

schaft organisirt zu sehen, bei Seite geschoben. Die Royalisten selbst gewinnen dabei nichts Positives, die Republikaner kommen nicht vorwärts, nur die Bonapartisten kommen ihrem Ziele näher und gewinnen Zeit. Sie schließen sich daher offen der Rechten an, indem sie sich gegen Decazes und das persönliche Septennat erklären. (Köln. Btg.)

△ Paris, 27. Mai. Es gilt heute für entschieden, daß bei der morgigen Wiederaufnahme der Arbeiten der Nationalversammlung keine Botenschaft des Präsidenten der Republik zur Verlesung gelangen wird. Die Sitzung dürfte gleichwohl ein nicht gewöhnliches Interesse bieten. Nachdem durch das berühmte Votum vom 16. Mai entschieden worden, daß das Gemeindegesetz vor dem Wahlgesetz den Vortritt erhalten soll, bleibt noch immer die Frage übrig, ob das Wahlgesetz wenigstens dem ersten unmittelbar nachrücken solle, und über diese Frage wird morgen wahrscheinlich abgestimmt werden. Für den Bestand des Ministeriums droht allerdings von dieser Abstimmung keine Gefahr, da dasselbe bekanntlich entschlossen ist, in Sachen des Wahlgesetzes eine durchaus passive Haltung zu beobachten. — Gestern empfingen die meisten neuen Minister zum ersten Male ihr Personal. Bei dieser Gelegenheit sprach der Präsident des Handelsgerichts, Hr. Daguin, dem Handelsminister Grivart auf's neue von den Leiden der kommerziellen Kreise von Paris und machte für dieselben in erster Reihe die Unbekanntheit des Regierungssystems und den Mangel an jeder Sicherheit für den nächsten Tag verantwortlich. Hr. Grivart verwies ihn auf die bekannten Worte, welche der Marschall Mac-Mahon vergangener Winter im Handelsgericht selbst gesprochen hat, und behauptete, daß die Regierung nach wie vor entschlossen sei, den sieben Jahren des Marschall Mac-Mahon „bis zur letzten Minute Achtung zu verschaffen.“ — Der „Montiteur“ schreibt:

Ein Blatt glaubte darauf aufmerksam machen zu sollen, daß der Fürst Hohenzollern am letzten Samstag vor den Marschall Mac-Mahon mit Briefen trat, welche ihn als „Botschafter des Deutschen Kaisers bei der französischen Republik“ beurlaubten. Wir wissen nicht, ob man aus dieser Thatsache irgend eine Bedeutung zu Gunsten der republikanischen Form herleiten will; aber auf alle Fälle würde uns das sehr befremden. Deutschland erkennt seit 1871, wie alle Mächte, welche mit uns Beziehungen unterhalten, die französische Regierung als eine Republik an. Von dem Waffenstillstand vom 28. Januar 1871 bis zu dem offiziellen Empfang des Fürsten Hohenzollern ist zwischen Frankreich und Deutschland kein einziger Vertrag geschlossen, keine einzige diplomatische Depesche ausgetauscht worden, in welcher nicht der französischen Republik als der bei uns herrschenden Regierungsform gedacht worden wäre. Inzwischen mag doch daran erinnert werden, daß die kaiserlich deutsche Regierung ihrer Auffassung verschiedene Schattierungen zu geben wußte. Als z. B. der Marschall Mac-Mahon an die Stelle des Hrn. Thiers trat, erhoben sich in Berlin Zweifel, ob unser von der zurückgetretenen Regierung ernannter Botschafter nicht seine Beglaubigungsschreiben umändern lassen müßte, um der rechtmäßige Bevollmächtigte der neuen Regierung zu bleiben. Dieser Zwischenfall beweist unseres Erachtens, daß Deutschland damals in der französischen Regierung weit mehr eine Persönlichkeit, als eine Staatsregierung erkannte. Es ist also aus der Form, in welcher die Beglaubigungsschreiben des deutschen Botchafters abgefaßt sind, kein Schluß zu Gunsten der Republik zu ziehen. Wir leben nicht in einer Monarchie, folglich leben wir in einer Republik, und es ist nicht die Sache der fremden Mächte, unsere Republik als eine provisorische zu bezeichnen, die sie ist, oder als eine definitive, die sie vielleicht werden wird.

Spanien.

Madrid, 26. Mai. Lorenzans ist zum Gesandten beim päpstlichen Stuhl ernannt. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat Don Carlos Durango gestern verlassen und sich nach Alpeyria begeben.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 27. Mai. 48. Sitzung der Zweiten Kammer. (Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Abg. Schoch nimmt das Wort, weil die Art. 9 und 10 zu den wichtigsten Standpunkten gegen die Klassenabstufung, glaube aber, daß man in dieser Frage der Regierung folgen müsse und daß hierdurch die Einführung des Gesetzes erleichtert werde.

Von einer Verstärkung der Progression nach oben befürchte er eine Vermehrung der D-fraudationen; dagegen halte er die Minimalgrenze zu 1500 Mark mit einer Aenderung des Art. 10 auch für richtig. Damit komme man zu nichts, wenn man immer nur sage, Die und Die müßten erleichtert werden. Redner kommt dann auf den Eindruck zu sprechen, den das Gesetz im Lande machen werde, wird aber durch den Präsidenten veranlaßt, diesen Punkt als zu allgemein weiter nicht zu berühren.

Abg. Müller von Pforzheim hätte prinzipiell nichts gegen die Anträge Hug und Edelmann einzuwenden, glaubt aber, daß sie jetzt nicht durchführbar seien, und bittet, den Antrag Stöffer anzunehmen, da man sonst nicht aus der Sache heraus käme.

Regierungskommissär Geh. Referendar Nicolai: Die Sache sehe komplizirter aus, als sie in Wahrheit sei. Man müsse eben die drei Fragen auseinander halten, ob Klassenabstufung, welche Skala und welcher Anfangssatz gelten solle. Bezüglich der ersten Frage sei die Zweckmäßigkeit der Klassenbildung schon vom Regierungsrath aus und von anderer Seite hervorgehoben worden. Man solle sich an das Beispiel anderer deutscher Staaten halten. In Ansehung der Skala seien drei Vorschläge gemacht; der Regierungsvorschlag sehe nämlich drei, der Antrag Stöffer vier und der Antrag Edelmann, wenn man ihn genauer betrachte, weiter nichts als fünf Abstufungen fest. Wenn man den Regierungsvorschlag nicht annehmen wolle, so sei der Antrag Stöffer zu empfehlen, da nach demselben der Ausfall nicht zu groß sein würde und es doch absolut erforderlich sei, mit dem Gesetze, wie man es durchführen

wolle, noch eine anständige Summe zu erzielen. Was den Anfangssatz angehe, so lasse sich allerdings nicht behaupten, daß 1500 Mark das einzig Richtige sei, eben so wenig aber auch 1800 Mark. Warum nur gerade die erste Klasse freigelassen werden solle, sei nicht einzusehen. Die Regierung sei auf den Satz von 1500 Mark durch Erwägung aller Umstände gekommen, und derselbe habe am meisten für sich. Der Antrag Stöffer habe eine gute Grundlage, da er mit der 10. Klasse, nach welcher der Spielraum 1200 Mark betrage, abschleife, in unserem Lande man aber mit einem Einkommen von 6000 Mark wohl im Stande sei, den Normalsatz zu bezahlen, während die kleineren Einkommen billig erleichtert würden.

Abg. Blum will nur seinen praktischen Standpunkt zeigen, den er zur Sache einnehme. Er habe in dieser Frage Anfangs der Regierung vollständig vertrauen wollen, den Aenderungsantrag aber schließlich mit unterschrieben, weil die Regierung sich gegen denselben nicht ablehnend verhalten habe und es ihm geboten erscheine, unter zwei Uebeln das kleinere zu wählen; denn die Steuern seien Uebel, und ein größeres Uebel wäre es, wenn die Zahl der von der Einkommensteuer Betroffenen allzusehr eingeengt würde, als der Umstand, daß das Einkommen von 1500 Mark durch die Unterhaltskosten fast ganz in Anspruch genommen werde. Er glaube aber auch nicht, daß bei diesem Einkommen die Steuer nicht mehr aufgebracht werden könne. Was die Aufhebung der Klassen anbelange, so halte der Abg. Edelmann die Selbsteinschätzung für leichter als die sei. Den Spielraum könne man um so weniger entbehren, als das Einkommen auf den Grund eines dreijährigen Durchschnitts angenommen werde. 6000 Mark sei aber nach seiner Erfahrung die richtige Zahl, bei welcher der Normalsatz beginnen könne. Man habe sich in der Hauptsache geeinigt und sei auch zu einem von der Regierung anerkannten Verbesserungsorschlag gekommen; man solle es deshalb unterlassen, einander mit weiteren Verbesserungsorschlägen gewissermaßen zu übertrumpfen.

Nach einer Unterbrechung von 2 Minuten erhalten noch einmal die Antragsteller das Wort.

Abg. Hug erklärt, er habe nicht die Absicht, die liberale Partei übertrumpfen zu wollen, sondern werde lediglich von sachlichen Gründen geleitet. Sein Standpunkt zum Antrag Stöffer sei einfach der, daß er seinen Antrag ohne Rücksicht auf diesen gestellt habe. Daß in seiner Annahme des Existenzminimums eine gewisse Willkürlichkeit liege, sei richtig; aber dafür spreche, daß man, je höher das Minimum gestellt werde, desto weniger Gefahr laufe, die niederen Klassen zu schwer zu treffen.

Abg. Edelmann vertheidigt seinen Antrag gegenüber den Aussetzungen, die von Seite der Regierung gemacht worden seien, und vermahnt sich nochmals gegen den Vorwurf unvorbereiteter Antragstellung. Er sei gewohnt, das, was er thue, wohl zu überlegen, und wünsche, daß das auch Andere thuen.

Abg. Stöffer konstatiert zunächst, daß die von einzelnen Mitgliedern der Kommission gestellten Aenderungsanträge vielmehr als einstimmige Anträge der Kommission zu betrachten seien, bekämpft die übrigen Anträge und bittet die ersten anzunehmen.

Die Billigkeitsgründe, die für das Minimum von 1800 sprechen, seien auch bei dem Kommissionsantrag durch die Aenderung der Progression berücksichtigt. Zu weit dürfe man aber hierin nicht gehen, da die Steuern nicht lediglich als eine Unannehmlichkeit, sondern als eine nothwendige Gegenleistung des Einzelnen an den Staat aufzufassen seien. Die Klassenabstufung beizubehalten, sei mit Rücksicht auf die Wandelbarkeit des Einkommens, namentlich aus Gewerbe und Landwirtschaft, unbedingt erforderlich, um bei Einkommen selbst besser feststellen zu können. Die Abstufung sei auch keine willkürliche, sondern es liege derselben durchweg ein bestimmter Prozentsatz zu Grunde.

Die Progression des Abg. Edelmann laufe so ziemlich auf dasselbe hinaus, wie der Kommissionsantrag, nur bei den Normalsatz statt bei 6000 Mark, erst bei 9000 Mark eintreten lasse und daher die höheren Klassen sogar gegen seine Absicht günstiger stelle. Im Uebrigen müsse man aber auch in der Progression Maß halten, da man sonst der Zunahme des Volksreichthums, die durch die Kapitalansammlung bedingt sei, hemmend entgegenetrete.

Der Kommissionsantrag habe zwei große Vorzüge, indem er die beabsichtigte Erleichterung des kleineren Mittelstandes erreiche, und man dabei auch wisse, wie weit man gehen könne. Wenn er auch noch nichts Vollkommenes schaffe, so lehnte er sich doch an die lange und gründliche Arbeit der Regierung und an die eingehende Berathung der Kommission an, und gerade an dieser Stelle sei Vorstich und Maßigung dringend zu empfehlen.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, deren Ergebnis wir bereits gemeldet haben.

Ein mit Heiterkeit aufgenommener Antrag des Abg. Federer, die Berathung erst morgen wieder fortzusetzen, um die Abgeordneten nicht bald so weit zu bringen, daß sie nicht mehr in der Lage wären, Einkommensteuer zu bezahlen, wird, ungeachtet die Abg. v. Busch und Stöffer, letzterer im Interesse der Kommissionsberatung denselben unterstützten, nachdem der Abg. Federer, um dem von der andern Seite oft angeregten Wunsch nach einer Abklärung der Landtage entgegenzukommen, sich dagegen ausgesprochen, vom Hause abgelehnt.

In der um 4 Uhr Nachmittags wieder aufgenommene Sitzung wurde die Verhandlung bis zum Art. 40 inbegriffen fortgeführt und die nächste Sitzung auf den 28. Vormittags 10 Uhr festgesetzt.

* Karlsruhe, 28. Mai. Die auf heute 10 Uhr angesetzte Sitzung der Zweiten Kammer mußte wegen Krankheit des Präsidenten und 2. Vizepräsidenten, sowie wegen Abwesenheit des 1. Vizepräsidenten auf Nachm. 4 Uhr, abmittags die Rückkunft des Bezogenannten bevorstand und

...erfolgt ist, verschoben werden. [Die Fortsetzung des Berichts über die gestrige Sitzung der Ersten Kammer, welche in der Beil. begonnen ist, mußte wegen Mangel an Raum für morgen zurückbleiben.]

† Karlsruhe, 28. Mai. 49. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Artikel 41 des Einkommensteuer-Gesetzes wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und hierauf nach längerer geschäftlicher Debatte, um eine Vereinbarung über verschiedene zum Schlussartikel 42 vorliegende Anträge zu erleichtern, die Sitzung gegen 6 Uhr abgebrochen; die nächste findet morgen, den 29., um 10 Uhr statt, in welcher die Verhandlung über obiges Gesetz zu Ende geführt und in die Debatte über das Kapitalrentensteuer-Gesetz eingegangen werden soll. (Näherer Bericht folgt.)

Badische Chronik.

† Karlsruhe, im Mai. Es entstehen leicht Unzuträglichkeiten in sozialer Beziehung, wenn Adressen von Geld- und Wertgegenständen während der Abwesenheit von ihrem Wohnort oder einem Bevollmächtigten bestellt, noch der Postanstalt ihres Wohnortes wegen der Nachsendung ein bezügliches Verlangen ausgesprochen, beziehungsweise die Postanstalt ihren neuen Aufenthaltsort mitgeteilt haben, in welchem Falle sie vor dem Vorliegen einer für sie bestimmten Sendung amtl. und postfrei in Kenntnis gesetzt werden könnten.

Die Korrespondenten werden auf die reglementarischen Vorschriften mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß Formulare zu den Vollmachten bei den kaiserlichen Postanstalten unentgeltlich zu beziehen sind, sowie, daß weder zu den Vollmachten, noch zu den betreffenden Beglaubigungen ein Stempel oder eine notarielle Vermittlung erforderlich ist.

† Karlsruhe, 27. Mai. Es dürfte nicht uninteressant sein, zu erfahren, wie in den größeren Städten das Verhältnis der Steuerkapitalien sich im Jahre 1873 berechnete: 1) Grund- und Gebäudesteuer-Kapital: Karlsruhe 1,043,562 fl., Mannheim 1,286,256 fl., Heidelberg 1,682,316 fl., Pforzheim 1,204,063 fl., Freiburg 2,312,320 fl.; Häusersteuer-Kapital: Karlsruhe 13,688,325 fl., Mannheim 10,345,825 fl., Heidelberg 6,077,800 fl., Pforzheim 4,175,650 fl., Freiburg 5,721,675 fl.; Gewerbesteuer-Kapital: Karlsruhe 12,789,900 fl., Mannheim 22,985,325 fl., hier kommen die großen Geld- und Kreditinstitute in Betracht, Heidelberg 7,805,925 fl., Pforzheim 9,894,925 fl., Freiburg 9,633,500 fl.; Kapitalsteuer-Kapital: Karlsruhe 52,638,550 fl., Mannheim 30,872,500 fl., Heidelberg 21,919,590 fl., Pforzheim 13,916,810 fl., Freiburg 29,446,860 fl. Zusammen Karlsruhe 80,140,337 fl., Mannheim 65,469,906 fl., Heidelberg 37,465,631 fl., Pforzheim 29,191,448 fl., Freiburg 47,214,355 fl. Es trifft auf den Kopf der Bevölkerung in Karlsruhe (86,582 Einw.) 2190 fl. 42 kr., Mannheim (39,606 Einw.) 1653 fl. 10 kr., Heidelberg (19,883 Einw.) 1874 fl. 52 kr., Pforzheim (19,503 Einw.) 1474 fl. 5 kr., Freiburg (24,668 Einw.) 1909 fl. 56 kr.

† Karlsruhe, 28. Mai. Die hiesige Frühjahrsmesse beginnt nächsten Sonntag den 31. Mai, Mittags 12 Uhr.

† Von der Alb, 27. Mai. Gestern versammelten sich in Kernen eine Anzahl Gymnasiallehrer des Landes, um theils unter pädagogisch-wissenschaftlichen Verhandlungen, theils unter Besprechung über Standesinteressen, theils in geselligem Verkehr einige angenehme Stunden zusammen zu verbringen. Die pädagogischen Fragen ergaben sich auf die preussische Gymnasial- und Realschul-Gesetzgebung im Verhältnis zu unsern badischen Schulverhältnissen, sodann auf den grammatisch-lateinischen Sprachunterricht, hauptsächlich den lateinischen und griechischen, hinsichtlich sprachvergleichender Behandlung, und endlich auf die Auswahl guter Vocabularien für Schüler und Lehrer.

Den zweiten Haupttheil der Verhandlungen bildeten die Maßregeln und Schritte, welche zur Wiederbelebung und Förderung solcher allgemeinen Lehrer-Versammlungen des Landes führen sollen und denen wir von Herzen guten Erfolg wünschen. Hoffen wir dann, daß der nächste Dienstag nach Pfingsten, welcher für künftig als Versammlungstag festgesetzt wurde, aus der Zahl unserer Gymnasial- und Reallehrer recht Viele zusammenrufen werde. Hoffen wir, daß der schöne Geist solidarischer Standes- und Berufsgenossenschaft, der sich getreu in Kernen in so wohlthuernder Weise in dem Kreise der Versammelten befand, sich auch in Mannheim erfüllen und ihrer recht viele, alle wie junge Lehrer, dem Ruf des Ausschusses zum Beitritt folgen werden. (Näherer Bericht über die Versammlung folgt.)

† Heidelberg, 27. Mai. Als Delegirter der hiesigen alt-katholischen Gemeinde zur Synode in Bonn ist Herr Ober-amtlicher Bed. gewählt worden. Derselbe hat die Annahme der Wahl von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Gemeinde seine Ansicht billige, auf der Synode die weitgehenden, nach seinem Dafürhalten überflüssigen Reformanträge des Mannheimer altkatholischen Kirchengerichtes energisch zu bekämpfen. Auf diesem Wege, glaubt Hr. Bed., würde man sonst zur Selbsterziehung gelangen und damit den Infallibilitäten den größten Gefallen erweisen, da sie dann bei Altaltkatholiken die Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche mit Recht absprechen könnten. Die hiesigen Gemeindeglieder erklärten sich mit der Ansicht des Hrn. Oberamtlichen Bed. einverstanden. — Ungeachtet der nicht ganz günstigen Witterung brachten die Pfingstfeiertage eine enorme Menge fremder Besucher aus Nah und Fern herbei, was am Pfingstmontag auch der jetzt geschlossenen Messe noch sehr zu Gute kam. Die Fremdenliste der Gasthöfe weist für einen der Feiertage eine Frequenz von gegen 600 Personen auf; an allen öffentlichen Unterhaltungsorten war eine förmliche Ueberfüllung mit Vergnügungssüchtigen, vorab auf dem Schloß, dessen Restaurationsarbeiten ohnehin etwas beschrankt sind.

† Mannheim, 27. Mai. Der hiesige Bahnhof entsaltete an Pfingsten ungeachtet der zweifelhaften Witterung ein ungewöhnliches Leben; es ward aber auch durch die Anordnung einer größeren Zahl von Extrazügen zur Belebung des Verkehrs nach Kräften beigebracht, indem an jedem der beiden Tage drei Extrazüge nach Heidelberg und fünf Extrazüge nach Schwetzingen eingelegt wurden. Nach Mitteilung hiesiger Blätter wurden am 23. bis 25. Mai dahier 12,422 Billets (4139 einfache, 8283 Retour-) mit einem Erlöse von 10,973 fl. ausgegeben, am Pfingstmontag allein 1330 einfache und 4562 Retourbillets. Namentlich hat Schwetzingen seine alte Anziehungskraft bewahrt; auch gestern war der Garten wieder zahlreich besucht; er ist aber gerade jetzt auch von unvergleichlicher Schönheit.

Trotz der vielen Auszügler wußte am Montag Abend das erste Gastspiel der Frau Schön als „Gretchen“ das Theater mit zahlreichen Besuchern zu füllen, und erntete der berühmte Gast den reichsten Beifall. Morgen findet das zweite Gastspiel in der „Favoritin“ statt. — Eine hiesige Arbeiterfamilie (Mann, Frau und deren Mutter) wurden gestern unter der Anklage, ein ihrer Pflege anvertrautes vier-jähriges Kind durch fortgesetzte Mißhandlungen zu Tode gebracht zu haben, gefänglich eingezogen; das Ergebnis der Untersuchung wird abgewartet werden müssen, um die Details dieses betrübenden Vorfalls zu bringen.

† Offenburg, 28. Mai. Der Turnunterricht an der Volksschule hier wird in dem städtischen Turnsaal nach dem von den Orts-Schulräthen festgesetzten Stundenplan nun systematisch in Angriff genommen werden. Wie wir mit Freunden gesehen, haben sich viele Mädchen zur Theilnahme an diesem für die Lernende und in Folge dessen viel sitzende Jugend so vortheilhaften Unterricht gemeldet. — Die Holzflößerei auf der Kinzig wird bereits stark betrieben, Gestern sahen wir einen Floß unsere Stadt passieren, der mindestens 700 Stämme umfaßte. — Die Nachrichten über den Stand der Früchte lauten immer günstiger. Darnach waren alle Befürchtungen übertrieben und steht ein gutes Jahr in Aussicht.

† Offenburg, 28. Mai. Durch die Abschaffung der bisherigen Reichenordnung hat der Gemeinderath in seiner gestrigen Sitzung abermals ein Stück alten Repes abgeschnitten. Die nunmehr vorliegende Reichenordnung stülte drei Klassen für die Reichenfondante auf, von welchen die dritte die wohlfeilste war, die erste als die nobelste galt, dabei aber sehr viel kostete. So viel man uns erzählte, kam ein Reichenfondant der ersten Klasse mit den unvermeidlichen Anhängseln auf ungefähr 100 fl. zu stehen. Von jetzt an gibt es nur noch eine Klasse der Reichenfondante; damit ist denn der konventionelle Rang beseitigt, der Manche veranlaßte, Reichenbegünstigte abzuhaken zu lassen, über deren Kosten sie erst nachher erkrachten. Natürlich bleibt es auch in Zukunft Jedem unbenommen, so viel Pomp zu entfalten, als ihm beliebt, und so viel Günstliche mitgehen zu lassen, als er haben kann; indess soll Niemand durch eine Reichenordnung und die damit gegebenen konventionellen Schranken dazu angehalten werden.

† Freiburg, 27. Mai. Der Hr. Bischof von Basel hat seine vor Pfingsten begonnene Firmungstour in Oberland fort. Dabei werden allenthalben, wo seine bischöflichen Gnaden in ein Dorf einzutreten, von den Gläubigen, selbstverständlich auf Kommando ihres Pfarrers, allerlei Feiertlichkeiten veranstaltet und zum Empfang und Abschiede Festlichkeiten in Szene gesetzt und ein Gebränge zur Schau getragen, wie solches bei der bekannten Einfachheit unserer Landbevölkerung früher nie in diesem Umfange und mit dieser Präsentation üblich war. Fast will es deshalb scheinen, daß diese Firmungstour auch zu Demonstrationen benützt werden wollen. Auffällig ist es gewiß, daß dieses Jahr die Firmung nur in solchen Bezirken und Orten stattfindet, wo man geistlicher Seite eines getreuen Anhanges sicher zu sein glaubt (Breisach, Kenzingen, Staufen). Eine kürzlich vom Kreisgericht Hedingen gegen Hrn. Bischof Käbel erkannte Geldstrafe von 600 Thalern wurde dieser Tage im Zwangswege bei demselben erhoben.

Vermischte Nachrichten.

† Berlin, 27. Mai. Die ehemaligen Direktoren der Hypothekendarlehen- und Baubank, Silberbrandt und Seydler, sind heute wegen Vergehen gegen das Amtsrecht und Untreue zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahre verurtheilt. Der Gerichtshof beschloß ihre sofortige Verhaftung.

† Straßburg, 27. Mai. Der Bär, welcher seit Jahren im hiesigen Rind-Garten zur Unterhaltung einheimischer und auswärtiger Besucher diente, ist seit kurzem dem Zoologischen Garten in Frankfurt übergeben worden und bereits wohlgehalten dorthin eingetroffen.

— Ein Bogesen-Reisender erzählt in der „Magd. Ztg.“ einen kleinen Vorfall, der an und für sich von keiner Bedeutung wäre, wenn er nicht sonst für die Sprachverhältnisse im Elsaß als auch seiner innern Bedeutung wegen charakteristisch wäre. Der Reisende erzählt: In Mosheim im Elz ein elbische Dame in Begleitung ihres kleinen Sohnes in unser Coure. Ihre Mutter sprach war — wie bei Monfranc Deutsch — augenscheinlich französisch, denn sie unterhielt sich mit dem Kinde nur in dieser Sprache. In Folge einer Meinungsverschiedenheit begann aber der Junge plötzlich laut zu weinen und betrahtete sich sehr ungeduldig und unartig. Vergebens suchte die Mama mit allen Schmeicheleien, denen nur eine Mutter fähig ist, das Kind zu besänftigen: sois tranquille, mon ange, mon petit bébé. Aber es half Alles nichts, bis sie im höchsten Zorn den Knaben anrief: „du insamer Landsknecht!“ Da sah das Kind sich groß an und im Gefühl, daß wenn die Mama anständig Deutsch mit ihm zu reden, es mit dem Spas ausbricht, wurde es plötzlich still und artig bis zur Entzation Barr.

Nachricht.

† Berlin, 28. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Meldungen verschiedener Blätter über beabsichtigte Veränderungen des literarischen Bureau des Staatsministeriums, und der „Prov.-Korresp.“ für völlig grundlos.

† Berlin, 28. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ konstatiert, daß ihre auch von der „Prov.-Korresp.“ getheilte Ansicht, daß Frankreich bei einem neuen Kriege gegen Deutschland über Belgien herfallen werde, in Belgien erfreulicher Weise Verständniß gefunden habe. Für den Weltfrieden sei es bedeutungsvoll, wenn Belgien sich der Einsicht nicht verschließen, daß Deutschland kein anderes Interesse und keinen andern Wunsch in Betreff Belgiens hatte und hat, als die Unabhängigkeit und Neutralität desselben aufrecht zu erhalten, während Beides von derselben Seite in Frage gestellt werde, die Deutschland mit einem Nachkrieg bedrohe; bei uns herrscht hierüber kein Zweifel. Die gleiche Unanimität bricht sich in Belgien Bahn und scheint dazu angethan, die Seele seiner auswärtigen Politik zu bilden.

† Breslau, 27. Mai. Die heutige erste Hauptversammlung des Kongresses deutscher Lehrer nahm u. A. folgende Resolution an: „Die allgemeine deutsche Lehrerversammlung spricht die Ueberzeugung aus, die einheitliche Entwicklung des deutschen Volkes fordere gebieterisch, daß die Gesetzgebung über das Schulwesen im Deutschen Reich dem deutschen Reichstage zu übertragen sei.“ Ferner:

„Die öffentlichen Gemeindefschulen sind bezüglich der Konfession nicht zu trennen.“

† Bonn, 27. Mai, Abds. In einer Abend-Sitzung nahm die altkatholische Synode die von der Synodalrepräsentanz aufgestellten Sätze über eine Reform der Beichtpraxis mit unwesentlichen Aenderungen an.

† Darmstadt, 28. Mai. Karl Johann Hoffmann, der Präsident der Abgeordnetenkammer und hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei, ist gestern Abend in Folge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

† Paris, 28. Mai. Der Minister des Innern erklärte bei dem Empfang der Beamten seines Ressorts: er werde, allem Parteigeiste fern, für die Verteidigung der sozialen Ordnung und die Aufrechterhaltung der Ruhe wirken und sei fest entschlossen, jede Ungeheuerlichkeit und Unordnung energisch zu unterdrücken.

† London, 28. Mai. Infolge von Nachrichten aus Rio wurde die Kammer am 5. Mai durch eine Thronrede eröffnet; dieselbe weist auf den baldigen Abschluß des definitiven Friedensvertrags mit der argentinischen Republik Paraguay hin, verheißt die Beendigung des kirchlichen Konflikts; die Regierung werde, obgleich die Bischöfe von Olinda und Para wegen Verletzung der Konstitution strafbar seien, Maßigung anwenden. Die Thronrede empfing ferner die Errichtung landwirthschaftlicher Kreditinstitute und verheißt die Vorlage eines Wahlgesetzes und eines Rekrutierungsgesetzes. Der Bischof von Para wird zur Urtheilung erwartet. In Paraguay ist ein neuer Aufstand ausgebrochen; die Aufständischen schlugen die Regierungstruppen und marschirten auf die Hauptstadt, zogen sich aber vor den brasilianischen Truppen zurück.

Frankfurter Kurszettel.

(Die festgedruckten Kurse sind vom 28. Mai, die übrigen vom 27. Mai.)

Table with columns for Staatspapiere (e.g., Preuss. 4 1/2%, Bader 5 1/2%, etc.), Aktien und Prioritäten (e.g., Badische Bank, Frankf. Bankverein, etc.), and Wechselkurse, Gold und Silber (e.g., London 10 Pfd. St., Paris 100 Francs, etc.).

Table with columns for Wechselkurse und Prämienanleihen (e.g., Bayr. 4%, Badische 4%, etc.) and Wechselkurse, Gold und Silber (e.g., London 10 Pfd. St., Paris 100 Francs, etc.).

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (e.g., London 10 Pfd. St., Paris 100 Francs, etc.).

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (e.g., London 10 Pfd. St., Paris 100 Francs, etc.).

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (e.g., London 10 Pfd. St., Paris 100 Francs, etc.).

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kerschmar.

Großherzogliches Hoftheater. Freitag, 29. Mai. 3. Quartal. 73. Abonnementsvorstellung. Die Jüdin, große Oper in 5 Akten, von Meyer. Anfang 6 Uhr.

Schwefingen.
 F. 196.5 April - Juni VGZ
Spargel-Saison
 Wasserwerke im Schloßgarten täglich im Gang.
 F. 598.1. Karlsruhe.

Stelle-Antrag.
 Ein solider junger Mann, der in Comptoir-Arbeiten bewandert ist und eine schöne fließende Handschrift schreibt, namentlich auch gute Zeugnisse besitzt, findet bei bescheidenen Ansprüchen eine dauernde Stelle auf einem hiesigen Bureau.
 Offerten mit Bezeichnung der Fähigkeiten und Ansprüche sind einzureichen unter: W. Z. No. 222 poste restante Karlsruhe.

Eine Ladnerin
 findet sofort Stellung in einem Modewaaren-Geschäft einer größeren Stadt Badens. Kenntniß der englischen Sprache erwünscht. Offerten sub Chiffre **M. W.** befördert die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** F. 603.

Stelle-Gesuch.
 F. 588.2. Ein junger Mann, der so eben in einem Manufakturwaaren-Geschäft steht und in der Branche vertraut ist, sucht bis 1. Juni seine Stelle zu verändern.
 Gest. Offerten besorgt unter H. K. No. 1 die Expedition dieses Blattes.

Stelle-Gesuch.
 F. 594. Ein junger Mann, der seine Lehre in einem Colonialwaaren-Geschäft en gros beendete, sucht eine Stelle in einem Geschäft ähnlicher Branche, und würde derselbe weniger auf hohes Salair als auf Gelegenheit zu seiner völligen Ausbildung reflektiren. Näheres bei der Exped. d. Bl.

Stelle-Gesuch.
 F. 591.1. Ein junger Mann, welcher schon 6 Jahre in Colonial-, Material-, Farb- und Kurzwaaren-Geschäften thätig ist, sucht unter bescheidenen Ansprüchen, um in dem Feldbau besser bewandert zu werden, bei einem größeren Delonomen, mit einem kleineren Detailgeschäft verbunden, auf dem Lande eine Stelle.
 Näheres zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Karlsruhe.
Stellenvermittlung von J. Müller, Langstraße 119,
 unter Aufsicherung gewissenhafter und prompter Besorgung aller Aufträge weiblicher und männlicher Diensthofen jeder Art. F. 537.3.

Gesuch.
 F. 571.1. Als technischer Leiter einer bedeutenden Marmorsteinerei u. Handlung wird ein Mann gesucht, der das Geschäft genau kennt und namentlich auch mit der ausländischen Kundschaft vertraut ist.
Mausenstein & Vogler Annoncen-Expedition in Köln.

Steinmetzmeister
 gegen guten Gehalt zu engagiren gesucht. Derselbe muß mit Veranschlagung von Bauten vertraut, sowie selbständiger Arbeiter sein. Fr. Offerten sub H. 41259 befördert **Mausenstein & Vogler** Annoncen-Expedition in Köln.
 F. 609.1. Gaisbach.

Schnapp-Transportfässer
 von Eichenholz und schön gearbeitet, im Gehalte von 50 bis 200 Liter hat eine Partie zu verkaufen
Math. Beck
 in Gaisbach bei Oberkirch.
 F. 529.3. Schreibstube
 von Herrn Kleinclaus,
 Notar in Hagenau i. El.

Bersteigerung
 des
Marienthaler Waldes.
 Montag den 8. Juni 1874, um 2 Uhr Nachmittags, zu Hagenau in der Schreibstube des unterzeichneten Notars, wird zur öffentlichen Versteigerung auf Termin geschrieben werden von einem Kiefernwald von circa 24 Hektaren, gelegen im Bann von Hagenau, bei Marienthal, bekannt unter dem Namen Marienthaler Wald, zwischen den Straßen von Marienthal nach Hagenau und von Marienthal nach Schweighausen.
 Näheres zu erfragen bei unterzeichnetem Notar.
Kleinclaus, Notar.
 (Annonc.-Expedit. l'Alsace Strass.)
 F. 592. Bretten.
Verkaufs-Anzeige.
 Ein Breat, noch neu, ein- und zweipännig, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt Herr Traubenwirt Traut in Bretten.

Sommerfahrplan.
 F. 613.1. Wir versenden franco gegen Einlegung von 6 Kr. in Briefmarken unsern weißen Fahrplan. Unter Nachnahme werden keine Exemplare versandt.
Karlsruhe. G. Braun'sche Hofbuchhandlung.
 F. 614.1. Im Verlag der Unterzeichneten sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Solkmann, Dr. S., Sonst und Jehst in Kirche und Theologie.
 Ein Rückblick auf die letzten hundert Jahre. Preis 36 Kr.
Recht und Pflicht der biblischen Kritik. Preis 24 Kr.
Thomas von Aquino und die Scholastik. Preis 18 Kr.
Zittel, Emil, das Bibelbuch in der Geschichte. Preis 12 Kr.
 die Reformatoren und Fürsten als Begründer der evangl. Landeskirchen und des landesherrlichen Kirchenregiments. Preis 18 Kr.
Sajenelever, A., Maria, die Mutter Jesu, in Geschichte und Kunst. Preis 18 Kr.
Traut, Th., das Concil zu Konstanz. Preis 18 Kr.
Karlsruhe, Mai 1874.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Spinnerei und Weberei Offenburg.
 F. 387.2. In der gestrigen Generalversammlung sind folgende Beschlüsse gefaßt worden:
 1) Von dem im Betriebsjahre 1873 erzielten Reingewinn von 71,282 fl. 04 Kr. wird eine Dividende von 8 % oder 56 fl. pr. Aktie vom 15. Mai an zahlbar, gegen Eintieferung des Alten Coupons vertheilt.
 2) Die weiter verdienten werden der Arbeiter-Unterstützungs-Kasse zugewiesen.
 3) Die von früheren Jahren übertragenen werden wieder auf das Jahr 1874 übertragen.
 4) Der Bau eines neuen Comptoir-Gebäudes wird genehmigt.
 5) Dem Vorstande und dem Aufsichtsrathe wird nach § 19 der Satzungen die Entlassung ertheilt.
 Die Auszahlung der Dividende geschieht bei der Gesellschaftskasse und den bekannten Bankhäusern in Karlsruhe, Frankfurt a. M., Berlin u. s. w.
 Nach Vorschrift des Art. 239 des H.G.B. in neuer Fassung wird hier die Bilanz vom 31. Dezember 1873 bekannt gemacht.
Offenburg, 12. Mai 1874.
Der Vorstand.

Bilanz vom 31. Dezember 1873.

Activa.		Passiva.	
fl.	kr.	fl.	kr.
Spinnerei- und Weberei-Anwesen	749,644 30	Aktien-Kapital	840,000 —
Cassa, Wechsel- u. Materialbestände	176,993 19	Züguungs- und Reserve-Ganti	284,439 80
Wertpapiere	127,024 31	Dotationen zu bestimmten Zwecken	27,310 —
Bauvorschlüsse u. dgl. an Arbeiter	65,782 04	Forderungen der Arbeiter-Kassen	27,604 26
Geschäftsausstände	215,719 19	noch unerhobene Dividenden	833 —
		verschiedene Creditoren	6,167 —
		für unsichere Ausstände	13,162 14
		Lautenmen	4,375 29
		Gewinn vom Betriebsjahre 1873	71,282 04
		do Ueberträge von früheren Jahren	60,000 —
			60,000 —
			1,385,163 43
			1,385,163 43

Allgemeiner Verein für Deutsche Literatur.
 F. 576. So eben wurde an die Vereinsmitglieder verandt der IV. Bd. der Vereinspublikationen
Adolf Schmidt, Epochen und Katastrophen.
 Der V. Band Reutinger Freie Blide kommt Ende Juli zur Versendung.
Berlin, Ende Mai. Das Bureau des Vereins f. Deutsche Literatur (A. Hofmann & Co.)

Stadt Hagenau im Elsass.
Internationale Ausstellung.
 Vom 11. bis 18. October 1874 wird in **Hagenau** eine Ausstellung von **Hopfen, Hopfenbau-Geräthen, Bier- und Bierbrauerei-Geräthen, Mälzerei-Produkten und Apparaten** stattfinden. Die Herren Hopfenbauer, Brauer und Maschinenfabrikanten werden hierdurch zur Betheiligung eingeladen. Programme und Anmelde-Formulare werden auf Verlangen von dem Magistrate hiesiger Stadt zugesandt.
Hagenau, den 14. April 1874.
 Der Bürgermeister:
X. Nessel.

Bad Freyersbach (im Renchthal)
 F. 504.2.
 ist nach Bornaahme umfangreicher Reparaturen und Verschönerungen seit 15. Mai eröffnet. Wirksamere Brunnenkur, ganz besonders bei Erkrankung der Haut, Catarrhen der Luftwege, der Niere, Gicht, Hysterie, Erkrankungen des weiblichen Sexualsystems etc.
 Prakt. Arzt Jäger Schmidt, der 2 Mal täglich die Anstalt besucht, ist nur 8 Minuten entfernt. Prachtvolle Umgebung, schattige Spaziergänge in der Ebene und im Gebirge.
 Zu der Anstalt Postablage, täglich 3malige Postverbindung von und nach der Eisenbahnstation Appenweier. Bequeme Wagen in der Anstalt selbst.
 Weitere Auskunft ertheilt der Badeigentümer und prakt. Arzt Jäger Schmidt.
G. Mayer, Badbesitzer.

Bad Ueberlingen am Bodensee.
 F. 123.3. (H 1471)
Eröffnung mit 1. Mai.
 Liegt wunderbar an den Ufern des schwäbischen Meeres als einer der lieblichsten Punkte, die unser Festland aufzuweisen hat. Durch gesunde, geschülteste Lage, durch reinste und mildeste Luft, durch herrliche Umgebung und großartigste Aussicht, durch zahlreiche lohnende und beschwerdelose Ausflüge zu Wasser und zu Land, sowie durch Bereinigung aller Annehmlichkeiten von Stadt und Land eignet sich Ueberlingen ganz besonders zu einem längeren Erholungsaufenthalte.
 Vor dem Bad-hotel ein 5 Morgen großer, an den See anstoßender Garten mit dem prächtigsten Blick über den See und auf die schneebedeckten Alpen.
 Kuranstalt: Mineral- und Seebäder mit den neuesten Douche-Einrichtungen. Täglich frische Molken. Alle fremden Mineralwässer.
 Gondeln zum Schiffahren. Voltüre im Hotel. Angelisfischelei. Rektüre.
 — Billigste Preise und aufmerksamste Bedienung. Zu näherer Auskunft ist gerne bereit
J. Gilly z. Bad-Hôtel.

Eislieferungen
 pr. ganze Wagenladungen besorgt
Hermann Wirz, Basel.
 H-1542-Q

Bad Suggenthal
 ist seit 15. d. wieder eröffnet.
 F. 518.3. Unter Aufsicherung aufmerksamer Bedienung empfiehlt sich zahlreichem Besuche
Jos. Reich Wittwe.
Mineral- und Soolbad Säckingen
 mit 20. Mai wieder eröffnet. Anwesen vergrößert und mit neuen Anlagen versehen. Mäßige Pensionspreise. Prospekte gratis.
 F. 597.1. (H 1524 Q) **Schweflern Landbed.**

D. 685.17. Wir sind von folgenden Hypothekar-Instituten mit dem Verkauf ihrer Pfandbriefe beauftragt, als:
der Frankfurter Hypothek-Bank in Frankfurt
 5% Stücke à 100, 200, 500 Thaler.
der Süddeutschen Boden-Credit-Bank in München
 4 1/2 und 4% Stücke à 100, 200, 500, 1000 Thaler.
der Oesterr. Boden-Credit-Anstalt in Wien
 5% Stücke à fl. 100, 200, 300, 500, 1000 Silber.
 Zinsen und Kapital zahlbar in süddeutscher Währung.

der United States Mortgage Company in Newyork
 6% Stücke à 100, 500, 1000 Dollar.
 Zinsen und Kapital zahlbar in Gold.
 und können die Stücke sofort bezogen werden.
Karlsruhe und Baden-Baden.
G. Müller & Cons.

Verkaufs-Anzeige.
 F. 608. Karlsruhe. Eine fast neue geflickte Civiluniform III. Klasse nach der Verordnung vom 17. April 1838, nebst blauen und weißen Hosen, gut mit schwarzer Feder und Regen sind billig zu verkaufen **Madamestraße Nr. 37** zu ebener Erde.
 sowie den Schlüssel, der das Gefängniß abschließt.
 Fahr. den 28. Mai 1874.
Groß. bad. Amtsgericht.
J. A. d. R.: B i l d e n s.

Verkauf-Anzeige.
 F. 604.1. Ffpringen. Wir beabsichtigen eine **Feuerpritze** (Kasten- oder Saugpritze) samt Zugehör anzuschaffen und soll im Submissionswege vergeben werden. Alle Lusttragenden werden aufgefordert, ihre Angebote **längstens bis 15. Juni d. J.** portofrei an das Bürgermeisterei einzusenden, bis zu welcher Zeit die Bedingungen auf dem Rathaus eingesehen werden können.
 Springen bei Pforzheim, den 25. Mai 1874.
Das Bürgermeisterei-Amt.
 Penninger. Engel, Stadtschreiber.

Eisen-Arbeit.
 F. 599.1. Freiburg i. Br.
 Die Lieferung einer Einspann-Vorrichtung zum Probiren von Wasserleitungsrohren soll in Afford gegeben werden.
 Dieu sind erforderlich:
 64 Zentner Gußeisen, 11 Zentner Schmiedeseisen, 1 Zentner Stahl, 0,8 Zentner Bronze und ein höheres Gestell.
 Zeichnungen und Bedingungen auf unserm Bureau
 Lusttragende wollen ihre Offerten versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis
Samstag den 13. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr,
 anher einreichen, zu welcher Zeit die Eröffnung stattfindet.
 Freie Wahl unter den Submittenten ist vorbehalten.
 Freiburg i. Br., 20. März 1874.
 Das städtische Wasser- und Straßenbau-Amt.
 H-50-Q. Lueger.

Verkauf-Anzeige.
 F. 602. Nr. 6869. Laß. Der wegen Verübung eines schweren Diebstahls verhaftet gewesene, 20 Jahre alte Ferdinand K o p f ist heute früh 7 Uhr aus dem hiesigen Gefängniß entwichen.
 Wir eruchen, auf denselben zu fahnden im Falle seiner Betretung ihn festzunehmen und anher abliefern zu lassen.
 K o p f ist mittelere Statur, trug bei seiner Entweichung einen buntfarbigem Leberrock, eine dunkle Hufe, eine Kappe von schwarzer Farbe und ein gefreistes wollenes Hemd.
 Auch nahm derselbe 3 Fellen Schlüssel, die an einem Lederriemen hingen, mit fort.

Verkauf-Anzeige.
 F. 602. Nr. 6869. Laß. Der wegen Verübung eines schweren Diebstahls verhaftet gewesene, 20 Jahre alte Ferdinand K o p f ist heute früh 7 Uhr aus dem hiesigen Gefängniß entwichen.
 Wir eruchen, auf denselben zu fahnden im Falle seiner Betretung ihn festzunehmen und anher abliefern zu lassen.
 K o p f ist mittelere Statur, trug bei seiner Entweichung einen buntfarbigem Leberrock, eine dunkle Hufe, eine Kappe von schwarzer Farbe und ein gefreistes wollenes Hemd.
 Auch nahm derselbe 3 Fellen Schlüssel, die an einem Lederriemen hingen, mit fort.

Verkauf-Anzeige.
 F. 611. Nr. 4054. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Den Eisenbahnfahrplan für den Sommerdienst 1874 hier den Schub der Gefangen betr.
 Der Kurs der Gefangenentransportwagen auf den Groß. Eisenbahnen ist die Dauer des mit dem 1. Juni d. J. beginnenden Sommerfahrplans an den für bestimmten Tagen in folgender Weise angedruckt:
A. Auf der Hauptbahn
 von Mannheim bis Freiburg mit Zug 11
 „ Freiburg „ Konstanz „ „ „
 „ Konstanz „ Freiburg „ „ „
 „ Freiburg „ Appenweier mit „ „
 „ Appenweier „ Mannheim „ „ „
B. Auf der Nebenbahn
 von Heidelberg bis Mosbach mit Zug 61
 „ Mosbach „ Heidelberg „ „ „
 Karlsruhe, den 27. Mai 1874.
 Ministerium
 des Groß. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
 v. Freybois. Paris.

Bekanntmachung.
 F. 612. Karlsruhe.
 Zur Veranlassung der mit Einführung des Sommerfahrplans — 1. Juni l. J. — in Vollzug tretenden Schnellzüge über die Schwarzwaldbahn (Offenburg—Stuttgart) werden Billete mit den tarifmäßigen Schnellzugtarifen ausgegeben.
 Diese neuen Tarifen werden alsbald durch einen IVten Nachtrag zum Personen-Tarif vom 20. Juni v. J. und durch Anfügung an den Billetthaltern bekannt gegeben werden.
 Karlsruhe, den 28. Mai 1874.
 Generaldirektion
 der Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.
 Zimmer. Seittinger.

Bekanntmachung.
 F. 602. Nr. 6186. Mühlheim.
 Die öffentliche Versteigerung ist die zweite Auktionsstelle erledigt und soll bis 1. September l. J. wieder befest werden. Gehalt bis zu 570 fl. Bemerber aus der Zahl der Auktions- oder Interessenten wollen unter Vorlage von Zeugnissen sich in Balde anmelden.
 Mühlheim, den 23. Mai 1874.
 Groß. bad. Bezirksamt.
 F u g s.

Bekanntmachung.
 F. 608.2. Hornberg. Unsere II. Weihenstelle ist zu vergeben. Gehalt 600 fl. Eintritt nach 3 Monaten. Bewerber wollen sich unter Anfügung ihrer Zeugnisse melden.
 Hornberg, den 20. Mai 1874.
 Groß. bad. Oberverwaltungsamt.